

## Schwestern und Brüder!

Die Flut an Dekreten, die US-Präsident Trump gleich am ersten Tag seiner Amtszeit erlassen hat, sind Programm. Das ist oft so: Der Beginn von Amts- bzw. Wirkungszeiten tragen häufig programmatischen Charakter. Nicht anders bei Jesus in der heute im Evangelium erzählten Szene: Er steht am Beginn seines öffentlichen Wirkens und kommt dabei nochmals an den Ort seiner Kindheit und Jugend, Nazaret. Und was er da tut, soll Grundsätzliches darüber verraten, wie er sich und seine Kernaufgabe versteht. – Das ist auch für uns heute von zentraler Bedeutung, weil Jesu Sendung letztlich ja auch unsere Sendung, seine Aufgabe auch unsere Aufgabe als ChristInnen und als Kirche ist.

Etwas springt bei dieser Betrachtung geradezu ins Auge: Wenig bis nichts davon, was in vielen Kreisen so zu den kirchlichen Kernaufgaben gezählt wird, findet sich in der Stelle aus dem Buch des Propheten Jesaja, die Jesus quasi als sein Antrittsprogramm vorträgt: Jesus ist gekommen, um den Menschen das Reich Gottes zu vermitteln, um sie also spüren zu lassen, was es heißt, wenn nicht Interessen und Mächte dieser Welt regieren, sondern Gott selbst. Keine Rede ist dabei allerdings von frommen Gebetsübungen und Gottesdiensten, von moralischen oder sakramentalen Normen oder von typischen „Kirchensorgen“ wie geistliche Berufe, Ehe und Familie u. dgl. mehr. Das Reich Gottes besteht für Jesus offenbar nicht darin, dass möglichst viele Menschen am Sabbat in die Synagogen bzw. sonntags in die Kirchen strömen; oder dass sie die liturgischen Vorschriften und kirchlichen Weisungen punktgenau befolgen; oder dass möglichst viele Menschen die spirituellen, kulturellen, geselligen oder Bildungsangebote unserer Gemeinden wahrnehmen.

Was Jesus da in seiner Heimat-Synagoge aus dem Propheten Jesaja auf sich selbst und seine Sendung bezieht, geht in eine andere Richtung; es lässt sich nüchtern beschreiben als einen *sozialen* und einen *politischen* Auftrag: unmittelbare Sorge und Hilfe für die am Rande Stehenden unserer Gesellschaft (Arme, Gefangene, Blinde, Zerschlagene) – *und* Einsatz für strukturelle Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich.

Das Erstgenannte dürfte ziemlich klar und verständlich sein und genießt als sozial-caritative Arbeit der christlichen Kirchen immer noch hohe gesellschaftliche Akzeptanz und Wertschätzung. – Neben dem sozial-caritativen Engagement steht im heutigen Evangelium aber gleichwertig der politische Einsatz für gerechte gesellschaftliche Strukturen, und der stößt nicht mehr überall auf so einhellige Zustimmung; er ist – das sei fairer Weise gesagt – auch nicht so leicht erkennbar und ablesbar aus dem heutigen Evangelium. Genau das ist aber gemeint, wenn Jesus von sich sagt, er sei gekommen, „ein Gnadenjahr des Herrn“ auszurufen. Hier bezieht Jesus sich auf eine Bestimmung im mosaischen Gesetz (Lev 25,10), die historisch zwar leider nie 1:1 umgesetzt worden ist, aber dennoch eindeutig ein Konzept zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit darstellt: Alle 50 Jahre nämlich sollte nach dieser Bestimmung ein sogenanntes „Jobeljahr“ ausgerufen werden, in dem im Volk Israel wieder ausgewogene Besitzverhältnisse hergestellt werden sollten durch radikale Schuldenschnitte und Rückgabe verpfändeten Eigentums. Anders gesagt: In jeder dritten Generation sollte der gesamte Besitz einer Gesellschaft wieder gleichmäßig auf alle verteilt werden, sodass alle wieder die gleichen Ausgangschancen haben. Der unheilvolle, strukturell bedingte Kreislauf, in dem sich Armut ebenso vererbt wie Reichtum und soziale Spannungen dadurch stetig anwachsen, sollte dadurch regelmäßig durchbrochen werden.

Dieses eindeutig strukturpolitische Konzept eines sozialen Ausgleichs gelangte – wie gesagt – im alten Israel nie zur realpolitischen Umsetzung. Dennoch bezieht Jesus auch dieses Wort auf sich und seine Sendung. Dazu ist er eben auch gekommen: nicht nur, um Notleidenden beizustehen und unmittelbar zu helfen, sondern auch, um an den strukturellen Ursachen von Not und Unrecht anzusetzen und sie zu verändern – und das hat eindeutig eine politische Dimension. Politik und Religion sind im Falle des Christentums also nicht voneinander zu trennen. Christlicher Glaube bedingt in seiner Praxis auch politische Mitverantwortung. Und die ist in der aktuellen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Situation in Österreich und weltweit vielleicht sogar mehr gefragt denn je.